



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsident des  
Landtags Nordrhein-Westfalen  
Herrn André Kuper MdL  
40190 Düsseldorf



31 . August 2018  
Seite 1 von 7.

Telefon 0211 871-2228  
Telefax 0211 871-

**Haushaltsplanentwurf 2019 - Einzelplan 03**  
Schriftlicher Bericht zu Einführung in den Einzelplan 03

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

als Anlage übersende ich Ihnen einen Einführungsbericht zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfs 2019 des Einzelplans 03 des Ministeriums des Innern im Innenausschuss.

60 Exemplare dieses Berichts zu Weiterleitung an die Mitglieder des Innenausschusses sind beigelegt.

Hinweisen möchte ich zudem auf den dem Landtag zugegangenen Erläuterungsband zum Einzelplan 03 mit weitergehenden und zusätzlichen Informationen.

Mit freundlichen Grüßen

  
(Herbert Reul)

Dienstgebäude:  
Friedrichstr. 62-80  
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:  
Fürstenwall 129  
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01  
Telefax 0211 871-3355  
poststelle@im.nrw.de  
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:  
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,  
836, U71, U72, U73, U83  
Haltestelle: Kirchplatz



**Schriftlicher Einführungsbericht  
zur Einbringung des Einzelplans 03 des Haushaltsplans 2019  
im Innenausschuss am 27. September 2018**

**I. Wesentliche Inhalte des Haushaltsplanentwurfs 2019**

Mit dem Haushalt 2019 wird die Möglichkeit geschaffen, den sicherheitspolitischen Kurs fortzusetzen, denn die Stärkung der Inneren Sicherheit ist ein Schwerpunkt dieser Landesregierung.

Das Ausgabevolumen des Einzelplans 03 erhöht sich auf mittlerweile gut 5,8 Mrd. EUR - eine Steigerung von rund 290 Mio. EUR im Vergleich zum Haushalt 2018.

Neben der Nachzeichnung struktureller und rechtlicher Zwangsläufigkeiten (z.B. Besoldungs- und Tariferhöhungen) dienen die Ansatzserhöhungen unter anderem dazu, in die Ausstattung der Polizei und in die dringend notwendige technische Erneuerung bei den Bezirksregierungen zu investieren sowie den Verfassungsschutz weiter zu stärken.

Es werden daneben 1.762 weitere Planstellen und Stellen eingerichtet, insbesondere bei der Polizei.

**II. Veränderungen im Einzelnen**

Die relevanten haushaltsmäßigen Veränderungen sehen im Einzelnen wie folgt aus:

**1. Kapitel 03 010 Ministerium**

Die Einnahmen erhöhen sich aufgrund der Erstattungen des Bundes für die Durchführung der Europawahl.

Im Ministerium werden 29 neue Planstellen und Stellen geschaffen, unter anderem zur Stärkung der Polizeiabteilung und des Verfassungsschutzes.

Für den Verfassungsschutz sieht der Haushaltsplan rund 3,1 Mio. EUR mehr vor als noch 2018. Der Betrag wird hauptsächlich für den Ausbau des Präventionsprogramms Wegweiser benötigt.

1,75 Mio. EUR werden den Kommunen zur Anschaffung von Ausweis- und Passprüfgeräten in Form einer fachbezogenen Pauschale zur Ver-



fügung gestellt, um gegen die Vielzahl der Fälschungen vorzugehen und die Innere Sicherheit zu stärken.

## **2. Kapitel 03 110 Polizei**

Bei der Polizei werden 1.122 zusätzliche Stellen geschaffen, die dringend benötigt werden. Darunter sind

- 500 Stellen für Verwaltungsassistentinnen und -assistenten,
- neue Stellen für zusätzliche Spezialisten, die die Bekämpfung der Cyberkriminalität, die Analyse von Massendaten, die Bekämpfung der Allgemein-, Schwer- und Bandenkriminalität sowie die Terrorbekämpfung in den drei Landesoberbehörden und in den Kreispolizeibehörden verbessern werden,
- 220 befristete Übernahmestellen für geprüfte Kommissarinnen und Kommissare.

Die neuen Stellen dienen auch dazu, kurzfristig die Präsenz unserer Polizei in der Öffentlichkeit zu erhöhen

Außerdem werden durch zusätzliche Einstellungsermächtigungen noch einmal 100 weitere Anwärterinnen und Anwärter, also insgesamt 2.400 ausgebildet.

Auch der Sachhaushalt wird mit einer Ansatzserhöhung um 67,52 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr nachhaltig gestärkt, insbesondere für folgende Bedarfe:

### **Fuhrpark der Polizei**

Mit dem Auslaufen der Leasingverträge für Funkstreifenwagen der Funktion 21 werden 38,4 Mio. EUR für den Kauf neuer bedarfsgerechter Funkstreifenwagen der Funktion 21 benötigt. Daneben werden Spezialfahrzeuge für die Technischen Einsatzeinheiten (TEE), für die zusätzlichen Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten (BFE) sowie für die Beweissicherungs- und Festnahme-Hundertschaften (BFH) angeschafft.

### **Persönliche Ausstattung**

15 Mio. EUR werden für die Erneuerung und Verbesserung der persönlichen Ausstattung, z.B. für die Außentragehülle, die Ausstattung mit ballistischen Schutzhelmen und für Bodycams der Polizistinnen und Polizisten etatisiert.



### **IT-Ausstattung**

Zusätzliche 13,3 Mio. EUR sind veranschlagt, um die IT-Ausstattung zu erneuern und zu verbessern. Insbesondere die Bereiche der Infrastruktur zur Bekämpfung von Cyberkriminalität, der verschiedenen IT-Fachverfahren, des Projekts „Mobile Endgeräte im Streifenwagen“, der Auswertung von Massendaten und Big-Data sowie der Ausweitung der Videobeobachtung werden verstärkt.

### **Liegenschaften**

Neben kostenneutralen Liegenschaftsveränderungen sind 12,3 Mio. EUR für den Bereich der Liegenschaften vorgesehen. Daneben sind Verpflichtungsermächtigungen von 315,8 Mio. EUR für dringende Neubau- und Sanierungsmaßnahmen im Polizeibereich vorgesehen.

### **Digitalfunk**

Beim Digitalfunk erhöhen sich die Ansätze um 17,98 Mio. EUR auf insgesamt 60,8 Mio. EUR. Für die Umsetzung der erforderlichen Modernisierungs- und Härtingsmaßnahmen sowie die fortgesetzte Bereitstellung der Betriebsleistungen in NRW bis zum Jahr 2030 war eine umfassende Neujustierung der finanziellen Rahmenbedingungen erforderlich. Diese ist in der Weise erfolgt, dass die bisher gezogene Gesamtkostenobergrenze (2007 bis 2021) durch eine neue (2018 bis 2030) abgelöst wird, die den erweiterten Auftrag sowie dessen zeitlichen Auslauf berücksichtigt (näheres hierzu siehe Landtagsvorlage 17/860).

## **3. Kapitel 03 310 Fünf Bezirksregierungen**

Bei den Bezirksregierungen werden mit dem Haushalt 2019 insgesamt 552 neue Planstellen und Stellen etatisiert. Insbesondere werden für die Aufgabenwahrnehmung im Bereich Asyl, für die Breitbandförderung, den Kampfmittelräumdienst sowie die Vergabekammern neue Stellen geschaffen.

Auf Grund einer hohen Anzahl von zu realisierenden kw-Stellen ergeben sich für die Bezirksregierungen im Saldo 59 Stellen weniger als im Vorjahr.

Die Ausgaben für den Sachhaushalt sind gegenüber dem Vorjahr um knapp 10 Mio. EUR gestiegen. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um folgende Veränderungen:



Die Ansätze für Informations- und Kommunikationstechnik erhöhen sich um 8,9 Mio. EUR. Zum einen wird damit der Austausch von Netzwerkkomponenten, die Umstellung von Software (Windows, Office), die Kostensteigerungen bei IT.NRW (DOMEA), die Anschaffung von VoIP für die UfA Büren sowie die Anschaffung neuer Server finanziert. Zum anderen dienen die Mehrausgaben zur Deckung von erhöhten Betriebskosten für die serverbasierte Infrastruktur für das Verfahren der Entschädigungsrenten aufgrund der Einstellung des Betriebes der IBM-Plattform.

Auch der Ansatz für Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände (Titel 511 01) wird mit 2,7 Mio. EUR verstärkt.

#### **4. Kapitel 03 350 Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW**

An der FHöV werden insgesamt 51 neue Planstellen und Stellen für Lehre und Verwaltung bereitgestellt.

Die Erhöhung der Einstellungsermächtigungen bei der Polizei auf 2.300 pro Jahr ab 2017 sowie 2.400 im Jahr 2019 wirkt sich auch im Jahr 2019 aus, da mit dem Beginn des Studienjahres nochmals 400 zusätzliche Studierende an der Fachhochschule räumlich untergebracht und angemessen unterrichtet werden müssen.

Insgesamt werden 30 zusätzliche Planstellen für Lehrende geschaffen. Ziel ist es, trotz der steigenden Studierendenzahlen ein gleichbleibend hohes Qualitätsniveau in der Lehre sicherzustellen sowie im Hinblick auf die Vorgaben des Hochschulrechts und die Akkreditierungskriterien die Ausstattung der FHöV mit hauptamtlichen Lehrkräften entsprechend anzupassen.

Außerdem werden auch zwei Planstellen sowie 19 Stellen in der Verwaltung neu eingerichtet. Damit wird der erhöhte Aufwand nachvollzogen, der sich aus dem Zuwachs bei den Studierenden ergibt. Davon sind insgesamt neun Stellen durch Einsparung bei den Mitteln für Aushilfskräfte budgetneutral eingerichtet worden. Hierbei handelt es sich um Aufgaben, die aufgrund des stetigen Anstiegs der Studierendenzahl sowie der immer komplexer werdenden Rahmenbedingungen nicht mehr nur temporär anfallen. Es war daher aus rechtlichen Gründen, ebenso wie aus arbeitsökonomischen Gründen geboten, statt befristeter Arbeitsverhältnisse dauerhafte Stellen einzurichten.



## **5. Kapitel 03 710 Feuerschutz und Hilfeleistung**

Für das neue Projekt „VIDaL“ (Vernetzung von Informationen zur Darstellung der Landeslage) stehen im Haushaltsjahr 2019 bei der neu eingerichteten Haushaltsstelle 03 710 633 14 Haushaltsmittel in Höhe von 400.000 EUR zur Verfügung. Bei dem Projekt soll mit Hilfe von Pilot-Leitstellen eine Schnittstelle entwickelt werden, die in anderen Systemen dezentral vorhandene und jeweils beschränkte Datenbestände automatisch austauscht und zu einem Datenpool zusammenführt. Statt statischer und verzögerter Informationen soll den handelnden Akteuren ein dynamisches, aktuelles sowie auf allen Ebenen einheitliches und umfassendes Landeslagebild zur Verfügung gestellt werden können. Um dieses einheitliche Landeslagebild zu erhalten, muss das Land die Gemeinden und Gemeindeverbände hierbei finanziell unterstützen.

Der Ansatz für die im Haushaltsentwurf 2019 neu ausgebrachte Haushaltsstelle 03 710 538 00 beträgt 3,94 Mio. EUR. Von diesem Betrag stehen 2019 Haushaltsmittel in Höhe von 1,24 Mio. EUR für die Beschaffung von Digitalfunklizenzen zur Verfügung. Die neuen Lizenzen werden benötigt, damit alle Funkgeräte im Land auf den gleichen Stand gebracht werden können. Die Investitionspauschale, mit der das Land die Kommunen bei der Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben im Brandschutz unterstützt, soll auch 2019 auf rund 38 Mio. EUR weiter angehoben werden. Damit folgt die Pauschale den insgesamt erwarteten leicht steigenden Einnahmen des Landes aus der Feuerschutzsteuer. Die Differenz zum Ansatz in Höhe von 32,6 Mio. EUR wird aus den Ausgabe-resten getragen.

## **6. Kapitel 03 750 Institut der Feuerwehr NRW**

Insgesamt werden fünf neue Planstellen und Stellen für das Institut der Feuerwehr NRW eingerichtet, eine Stelle für die bauliche Weiterentwicklung und Erweiterung der Standorte des Instituts, zwei Stellen für die Stärkung des Digitalfunks und eine Stelle für die Speisenzubereitung und -ausgabe in der Kantine der Übungshalle. Eine weitere Stelle ist für die Z-Abteilung vorgesehen.

Für die bauliche Strukturoptimierung des IdF sind 840.000 EUR im Jahr 2019 eingeplant. Der Hauptstandort des IdF weist insgesamt eine derart hohe bauliche Verdichtung auf, dass bauliche Entwicklungen des in den 1960er Jahren in Betrieb genommenen Geländes nur bei umfangrei-



chen Eingriffen in den baulichen Bestand möglich sind. Die konkreten Bedarfe zur Erweiterung der Liegenschaften anhand eines umfassenden Raumprogramms im Rahmen einer Bedarfsplanung müssen durch eine Fachplanerin bzw. einen Fachplaner ermittelt werden. Für die Ersatz- und Neubeschaffung von Feuerwehrfahrzeugen ist ein Aufwuchs in Höhe von 930.000 EUR zu verzeichnen.

### III. Kapitelübersicht

In der folgenden tabellarischen Übersicht sind die veranschlagten Ausgaben der einzelnen Kapitel noch einmal zusammengefasst dargestellt:

Kapitel	Bezeichnung	Ansatz 2019	Ansatz 2018	Differenz 2019 zu 2018
in EUR				
03 010	Ministerium	167.360.700	150.405.000	16.955.700
03 020	Allgemeine Bewilligung	20.330.500	25.390.500	-5.060.000
03 110	Polizei	3.400.595.800	3.249.706.500	150.889.300
03 130	Deutsche Hochschule der Polizei	11.579.700	10.813.500	766.200
03 310	Fünf Bezirksregierungen	641.603.100	621.710.800	19.892.300
03 320	Aus- und Fortbildungseinrichtungen des IM NRW	13.465.700	13.499.500	-33.800
03 350	Fachhochschule für öffentliche Verwaltung	64.555.400	62.698.000	1.857.400
03 710	Feuerschutz und Hilfeleistung	74.839.500	75.357.500	-518.000
03 750	Institut der Feuerwehr NRW Münster	1.349.000	1.145.000	204.000
03 810	Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz...	38.785.100	42.580.700	-3.795.600
03 900	Versorgung	216.968.600	203.028.100	13.940.500
03 910	Versorgung Polizei	1.168.534.800	1.077.842.700	90.692.100